

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Reichsexekutive in Thüringen.

Weimar, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das Presseamt Thüringen teilt mit: Auf Betreiben der bürgerlichen Parteien Thüringens und des Thüringer Beamten-Bundes ist von der Reichsregierung der Reichskommissar Künzler mit Befugnissen der Reichsministerien als Beauftragter gemäß Artikel 15 der Reichsverfassung zu den thüringischen Ministerien entsandt worden, um die Ausführung der Reichsgesetze durch die thüringische Landesregierung zu beaufsichtigen. Das Staatsministerium hat gegen das Vorgehen der Reichsregierung aus formalen und sachlichen Gründen Verwahrung eingelegt. Im übrigen ist den Beauftragten der Reichsregierung im Rahmen des Artikels 15 der Reichsverfassung die Möglichkeit gewährt worden, ihren Auftrag auszuführen. Die Beauftragten werden voraussichtlich Ende dieser Woche ihren Auftrag ausgeführt haben und alsdann Weimar wieder verlassen.

Man hat noch nicht gehört, daß die Regierung einen Kommissar auf Grund des § 15 der Reichsverfassung nach Bayern geschickt hätte, um dort nachzusehen, wie weit die Reichsgesetze durchgeführt werden. Energie hat die Reichsregierung nur gegen Sozialisten, nicht gegen ihre renitierenden Klassen Genossen in Ruhr-Bayern!

Revolution am Chiemsee.

Nahr wird energisch.

Wie überall im Chiemgau treiben die Nationalsozialisten auch in Seeshirch ihr Unwesen. Sie haben es dort vor allem auf den künstlerischen Wahrung abgesehen, den sie, wie alle ihnen nicht genehmen Persönlichkeiten, einer deutschfeindlichen Gesinnung verdächtigen. Bombatt und Bombenattentate waren die „geistigen“ Waffen, mit denen sie den Nahr bekämpften. Das ist an und für sich in Bayern keine auffallende Erscheinung. Wie oft hat allein die „Münchener Post“ mit nationalsozialistischen Bomben Bekanntheit gemacht, ohne daß der Amtshahn danach kräht! Aber siehe da. Herr Nahr und seine Getreuen sind plötzlich an der Sache etwas nicht in Ordnung. Sie lassen in Seeshirch eine kleine Palastrevolution veranstalten. Der Bürgermeister wird seines Amtes enthoben und der zweite Bürgermeister erhält Anweisung, die geschäftlichen Zustände mit allen Mitteln abzuwickeln. Da Bayern eine Ordnungswelt ist und wenn auch kein Reichsrecht, so doch ein einheitliches Landesrecht kennt, muß sich der Laie mit einiger Verwunderung fragen, warum in München nicht recht ist, was dem Dörtchen Seeshirch billig ist. Freilich, wenn in München die in Frage kommenden Behörden ihres Amtes entsetzt werden sollten, dann müßte Nahr sich selbst und seine Getreuen abgeben. Bayern verlöre seinen Bismarck, und das wäre schade.

Die Schützlinge Poincarés.

Französisches Urteil über die Pfälzer Separatisten.

Paris, 28. Dezember. (WTB.) Von maßgebenden Pariser politischen Kreisen wird der Separatismus in der Pfalz als etwas ganz anderes bezeichnet, als der rheinische Separatismus, mit dem man jetzt nichts mehr zu tun haben will. In der Pfalz, so erklärt man, handle es sich um eine bodenständige Bewegung, die man respektieren müsse. Auch dieser Traum wird heute in brutaler Weise von dem Organ des Nationalisten Andre Tardieu im „Echo National“ zerstückt. Der Reiziger Richterstatler des Palais schreibt, er habe einige größere Städte besucht, die sich in den Händen der Separatisten befänden. Die große Masse der Einwohner sei gegen sie, das sei eine Feststellung, die selbst einem Blinden auffallen würde. Die Separatisten seien zum größten Teile keine Pfälzer, es handle sich um entschlossene Burschen, denen man besser nicht begegne. Sie seien wunderbar ausgerüstet, im Vergleich zu ihnen seien die französischen Samsenheiten noch wie Prinzen ausgestattet gewesen. Die vernünftigen Pfälzer, bedauern es, daß die Franzosen den unternehmenden jungen Leuten völlig freie Hand gäben. Man würde besser daran tun, selbst die Ordnung aufrechtzuerhalten, als das den wenig zahlreichen Anhängern der autonomen Pfalz zu überlassen.

Sinowjew gegen Trozki.

Moskau, 28. Dezember. (OE.) Die Krise der russischen kommunistischen Partei hat, wie der Ost-Express meldet, selbst die in dem höchsten Parteigang, dem mit Einschluß Lenins nur aus 7 Personen bestehenden Politbüro, zu scharfen Auseinandersetzungen geführt, die zum Teil sogar in der Presse ausgefochten werden. An dieser Polemik der höchsten Parteifunktionäre sind vor allem Trozki, Sinowjew und Stalin beteiligt. Die alle drei Mitglieder des Politbüros sind. Stalin erhebt in der „Pravda“ den Vorwurf gegen Trozki, daß dieser in seinem Artikel „Der neue Kurs“, in dem er sich für eine tiefgehende und radikale Demokratisierung der Partei ausspricht, in verächtlicher Form die Bolschewiki bei ihrem Kampf gegen das Zentralkomitee unterhöchelt habe. Auch Sinowjew erklärt, man könne aus diesem „nebelhaften“ Artikel fest herauslesen, daß Trozki für die Durchführung von Bräunen innerhalb der Partei einträte. In einer Zuschrift an die „Pravda“ verzieht Trozki „im Interesse der Partei“ darauf, auf die Angriffe zu antworten. Diese Vorgänge haben Anlaß zu Gerüchten gegeben, daß Trozki aus der Parteiführung herausgedrängt werden sollte. Eine Erklärung, die das Politbüro in der „Pravda“ veröffentlicht, teilt diesen Gerüchten entgegen und betont die Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit mit Trozki in allen leitenden Organen der Partei und des Staates.

Zum Düsseldorf Urteil.

Eine englische Stimme.

London, 28. Dezember. (WTB.) Der Sonderberichterstatter der „Times“ schreibt zu den Urteilsprüchen des französischen Kriegsgerichts gegen den Regierungspräsidenten Grüner und Beamte der grünen Polizei in Düsseldorf, das allgemeine Ergebnis charakterisiert das Verfahren als ein zynisches Weikwaschen der französischen Politik, das sogar den Krupp-Prozess übertriffe. Die Erklärung des französischen Klägers, daß es sich nicht um einen politischen Fall handle, sei schwer mit den Tatsachen zu veröhnen, daß die Franzosen, nachdem sie die separatistische Aktion, die so gut wie keine Unterstützung unter der Bevölkerung finde, ermutigt hätten, schließlich gestatteten, daß Waffen von einer gefährlichen Bande unmerkmaler Burschen und sogar Verbrecher geführt wurden und daß die Franzosen, als der unvermeidliche Zusammenstoß mit den Kräften des Gesetzes und der Ordnung erfolgte, dem Vertreter des Gesetzes den Prozeß machten statt den Plotscholden, die diese Unruhen verurlicht hätten.

Solgen der kaiserlichen Kriegspolitik.

Schadenersatzansprüche der verschleppten Belgier.

Brüssel, 28. Dezember. (OE.) 80 000 belgische Staatsangehörige, die kürzerzeit nach Deutschland verbracht oder anderweitig von den deutschen Besatzungsstruppen zur Arbeit verwendet wurden, haben gegen die deutsche Reichsregierung einen Prozeß angestrengt. Nach belgischer Auffassung soll für diesen Prozeß das deutsch-belgische Schiedsgericht in Paris zuständig sein, das bekanntlich durch den Versailler Vertrag eingesetzt ist. Dieses Gericht wird am 7. Januar die erwähnte Klage verhandeln. Die Kläger werden u. a. von dem früheren belgischen Minister Hymans vertreten.

Der Kampf gegen die deutsche Kapitalflucht.

London, 28. Dezember. (WTB.) Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge wird der Reparationsausschuß etwa Mitte Januar zusammenzutreten. Nach dem, was in britischen, amerikanischen und italienischen Finanzkreisen verlautet, sei die Aussicht auf einige gute Ergebnisse des zweiten Sachverständigenausschusses, der sich mit der deutschen Kapitalflucht nach dem Auslande befassen solle, keineswegs so hoffnungsvoll, wie angenommen werde. Wenn der Ausschuß unter der Annahme vorgehen sollte, daß eine Korrespondenzpolitik das Ziel der allerersten Regierungen sei, so würden sich die Arbeiten als fruchtlos erweisen, da ein solches Vorgehen durch die all-um-inen Befehle der meisten in Betracht kommenden Länder ausgeschlossen sei. Aber die Sachverständigen der oben erwähnten Länder hätten keinerlei derartige Absicht. Sie seien vielmehr der Ansicht, daß den Interessen sowohl der Allerten als auch Deutschlands selbst am besten gedient kein werde, solche Maßnahmen auszuarbeiten, die die freiwillige Rückkehr nach Deutschland eines großen Teiles des ausgewanderten Kapitals veranlassen würden, um das Reich mit dem Arbeitsmaterial zu versehen, das ihm ausenbüßlich fehle und dessen Mangel infolge innerer und äußerer unsicherer Verhältnisse ein Hauptmerkmal des ausenbüßlichen Finanzkrisen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutschlands sei.

Abreise der amerikanischen Sachverständigen.

London, 28. Dezember. (OE.) Wie aus New York gemeldet wird, wurden Young und Dawes, die beiden amerikanischen Vertreter in den Sachverständigenkommissionen der Reparationskommission, von Präsident Coolidge und Staatssekretär Hughes empfangen, die ihnen die Instruktionen für ihre Haltung bei der Tätigkeit der Ausschüsse erteilten.

Unsicherheit an der Börse.

Devisenkurse unverändert.

An der Berliner Effektenbörse lag heute ziemlich beachtenswerte Kursforderungen aus Publikumsreisen vor, die sich während der achtstündigen Geschäftspause angesammelt hatten. Diese Orders gaben dem Markt zunächst eine gewisse Stütze, so daß trotz des ruhigen Geschäftes eine erhebliche Anzahl von Papieren des Großverkehrs bei den ersten Notierungen beachtenswerte Kursgewinne zu verzeichnen hatten. Nach Erledigung dieser Aufträge fehlte aber auf der ganzen Linie eine leichte Abwärtsbewegung ein. Die Verunsicherung verhält sich abwartend. Sie verweist auf die großen außen- und innenpolitischen Entscheidungen, insbesondere auf die Verhandlungen mit Frankreich und auf die für die nächsten Tage zu erwartende dritte Steuerreformordnung. Alle diese Momente lassen vorläufig eine rechte Unternehmungslust nicht aufkommen. Auch die Geldmarktfrage erscheint trotz der vorläufig noch herrschenden Flüssigkeit ziemlich unsicher. Man rechnet immer noch mit einer starken Anspannung des Geldmarktes im Monat Januar. Heute war festliches Geld zu 1/2 bis 1 1/2 Proz. fester gesucht. Man hofft an der Börse die erste Befolgung, daß im kommenden Jahre nicht nur der Effektenverkehr, sondern auch die gesamte Wirtschaft unter dem Mangel an Kapitalien und unter hohen Zinsfüßen stark zu leiden haben werde.

Im Devisenverkehr konzentrierte sich das Interesse auf die Nachrichten der Auslandsbörsen über die Kursbewegung des französischen Franken. Seit gestern macht sich eine geringe Erholung des Frankenkurses geltend, die in der Hauptsache auf die Intervention der Bank von Frankreich zurückzuführen ist. Die hiesigen Devisenkurse blieben im großen und ganzen unverändert.

Prag-Paris.

Ein französisch-tschechoslowakischer Bündnisvertrag.

Nicht ohne einen gewissen Stolz, wie es scheint, veröffentlicht der „Temps“ nähere Einzelheiten über den französisch-tschechoslowakischen Bündnisvertrag, dessen Unterzeichnung nach Pariser Meldungen nahe bevorsteht. Für die französische Regierung, die sich durch ihren traffen Militarismus in der Welt immer mehr isoliert — wozu auch der neueste Düsseldorf Schandprozeß das Seine beitragen wird — ist es immerhin ein moralischer Gewinn, wenn sie darauf hinweisen kann, daß es ihr doch noch gelingt, Bundesgenossen zu finden.

An uns ist es indessen, die Entwicklung der französisch-tschechoslowakischen Beziehungen mit Interesse, aber ohne Nervosität zu verfolgen. Es ist sehr töricht, wenn da und dort von einer neuen Einkreisung Deutschlands geredet wird. Daß diese Einkreisung von der französischen Politik beabsichtigt wird, liegt auf der Hand, ob sie gelingt, ist eine andere Frage. Einstweilen ist ja Frankreich auch allein stark genug, um an Deutschland jedes Unrecht begehen zu können, ohne daß Gegenwehr geleistet werden kann. Da sich aber dieses künstliche Verhältnis zwischen zwei Völkern, von denen das eine 40, das andere 60 Millionen zählt, auf die Dauer nicht aufrechterhalten läßt, geht der französische Imperialismus folgerichtig darauf aus, erstens einmal den deutschen Block zu zertrümmern, zweitens aber zwischen Deutschland und seinen übrigen Nachbarn einen dauernden diplomatischen Gegensatz aufrechtzuerhalten.

Die kontinentale Bündnispolitik ist für Frankreich nicht Notwendigkeit der Gegenwart, sondern Vorsorge für eine fernere Zukunft. Die Gestaltung dieser ferneren Zukunft hängt aber nicht nur allein von der französischen Politik, sondern auch von der deutschen ab.

Ganz trübe und aussichtslos wäre diese fernere Zukunft für Deutschland freilich dann, wenn es sich darauf beschränkte, eine bloße Gefühlspolitik zu treiben. Der verlorene Krieg hat die Landkarte so geändert, daß an zahlreichen Stellen deutsches Sprachgebiet von fremden Staatsgrenzen durchschnitten wird. Frankreich, Italien, Polen, die Tschechoslowakei, Dänemark, sie alle haben eine größere oder kleinere Anzahl von Staatsbürgern deutscher Muttersprache. Wollten wir tun, was unsere Nationalisten verlangen, wollten wir uns auf eine Politik des Irredentismus und um einstellen, so würden wir gerade das herbeiführen, was der französische Imperialismus als politische Wirkung des Vertrags von Versailles erhofft. Alle Nachbarn würden sich zum Schutz gegen den kommenden deutschen Desamerikationskrieg unter Führung Frankreichs zusammenschließen, und die neue Einkreisung Deutschlands wäre damit tatsächlich vollendet.

Das Bündnis zwischen Paris und Prag wäre erst dann der Anfang der neuen Einkreisung, wenn die deutsche Politik es dazu machte.

Die Prager Politiker sind aber sicherlich viel zu klug, um zu glauben, daß sie das Bündnis mit Paris zum Schutz gegen Deutschland brauchen. Oder anders ausgedrückt, sie halten hoffentlich das deutsche Volk nicht für so dumm, um ihm die Absicht eines Angriffs auf die Tschechoslowakei zuzutrauen.

Aber auch die Tschechoslowakei wird vernünftigerweise keine Angriffsabsichten gegen Deutschland hegen. Ist sie doch fast völlig von Teilen des deutschen Volkes umschlossen und selber Souverän einer deutschen Bevölkerung von mehreren Millionen. Ein späterer Krieg würde sie nach außen und innen in eine ganz heillose Situation bringen, zumal sie sich dann auch darauf einrichten müßte, die Slowakei gegen Ungarn zu verteidigen und auch gegen Polen auf der Hut sein müßte, mit dem sie mancherlei Gebietsstreitigkeiten hat. Gar nicht zu reden von der engen Verflochtenheit der Wirtschaftsgebiete, von der Tatsache, daß fast alle Wege der Tschechoslowakei nach Europa durch deutsches Gebiet gehen. Sowohl vom tschechoslowakischen wie vom deutschen Standpunkt aus ist es geradezu ein Irrsinn, an künftige kriegerische Verwicklungen zwischen diesen beiden Staaten zu denken.

An der Erhaltung der französischen Vormachtstellung ist die Prager Politik nur insoweit interessiert, als sie allerdings von ihrem Standpunkt aus eine deutsche Vormachtstellung in Europa nicht wünschen kann. Sie hätte davon eine Stärkung des Nationalbewußtseins ihrer deutschen Staatsbürger und eine Vermehrung ihrer inneren Schwierigkeiten zu befürchten. Das ist aber auch der einzige Gesichtspunkt, von dem aus sie zu einer Parteinahme für Frankreich gegen Deutschland kommen könnte — jedoch die „Gefahr“ einer deutschen Vormachtstellung in Europa kann, wie angegeben werden wird, nicht zu den dringendsten Fragen ausländischer Staatskunst gehören.

Darüber hinaus besteht eine gewisse traditionelle Verbundenheit zwischen Paris und Prag. Dem Staat Frankreich und der Entente verdankt die Tschechoslowakei ihre staatliche Selbständigkeit. Ein Bündnis mit der stärksten Kontinentalmacht schmachtet dem tschechischen Nationalgefühl, gewährt Aussicht auf weitere finanzielle Unterstützung und erleichtert mancherlei Sorgen, deren Brennpunkte nicht an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze, sondern weiter östlich liegen.

Aus diesen Gesichtspunkten sind die Prager Vertragsabsichten verständlich. Aus ihnen wird auch glaubhaft, daß es sich um kein Bündnis mit aggressiven Absichten, sondern um einen Vertrag zur Aufrechterhaltung der neuen Gebietsverteilung Europas handelt, mit der die Wiederaufrichtung eines neuen Habsburgerreiches in der Tat unvereinbar wäre.

Unverständlich wäre es dagegen, wenn der Vertrag tatsächlich eine Klausel gegen die Wiederherstellung der Hohenzollernmonarchie enthalten sollte. Wir werden gewiß nicht in den Verdacht kommen, diese Wiederherstellung begünstigen zu wollen. Aber gerade weil wir das nicht wollen, betrachten wir die Ordnung seiner inneren Verhältnisse als eine Angelegenheit des deutschen Volkes selbst. Töricht wäre es, wenn man von Prag aus dazu helfen wollte, den deutschen Monarchisten das Argument in die Hände zu spielen, die Feinde Deutschlands fürchteten die Wiederherstellung der deutschen Monarchie. Etwas ganz anderes wäre es, wenn eines Tages die Republiken Europas einen Vertrag miteinander schloßen, um auf dem Boden der Gleichberechtigung sich gegenseitig die Erhaltung ihrer Staatsform zu garantieren. Davon sind wir aber noch weit entfernt.

Der französisch-tschechoslowakische Vertrag soll nach Abschluß veröffentlicht werden. Daß er keine Geheimklauseln enthält — die nach der Bölkerbundakte nicht rechtsverbindlich wären —, wird auch von Paris betont. Man wird sich das endgültige Urteil bis nach der Veröffentlichung vorbehalten müssen.

Einstweilen darf gesagt werden, daß der geplante Vertrag nicht die Entstehung eines neuen feindlichen Gegensatzes zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei zu bedeuten braucht. Daß die französische Regierung alle Nachbarn Deutschland als Bundesgenossen gegen Deutschland für jeden Fall gewinnen möchte, daß es ihr Ziel ist, diese Staaten in eine Art Vasallenverhältnis zu Frankreich zu bringen, ist gewiß. Nicht ebenso gewiß ist, daß die Nachbarn Deutschlands ein eigenes Interesse daran haben, ihrem Verhältnis zu Frankreich die Deutung zu geben, die Frankreich ihm zu geben wünscht. Am allerwenigsten ist das bei der Tschechoslowakei der Fall, die ein starkes eigenes Interesse daran hat, mit seinem dreifachen Nachbar Deutschland in guter Nachbarschaft zu leben. Auch Bündnisse sind dem Wandel der Zeit unterworfen und haben unter verschiedenen Verhältnissen die verschiedenste Auswirkung. Warten wir also ab, was das neue Bündnis bringt und was aus ihm wird, und bleiben wir uns dessen bewußt, daß seine fernere Entwicklung und Auswirkung auch davon abhängt, in welchem Geist und zu welchen Zielen deutsche Politik getrieben wird.

Der „Temps“ über den Vertrag.

Paris, 28. Dezember. (U.) In dem vor dem Abschluß stehenden tschechisch-französischen Übereinkommen verpflichten sich laut „Temps“ beide Länder:

1. den neuen Status in Europa aufrecht zu erhalten und auf die Anwendung der Verträge von Versailles, St. Germain, Trianon und Neuilly zu achten,
2. eine friedliche Politik zu betreiben, die den Abschluß von Friedensverträgen bezweckt,
3. alle internationalen Abmachungen und damit gleichzeitig die Autorität des Völkerbundes zu respektieren,
4. an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas teilzunehmen.

Der „Temps“ sucht weiter nachzuweisen, daß das Interesse Frankreichs und der Tschechoslowakei sich in einigen Punkten in ganz besonderem Maße deckt u. a. in der Hohenzollern- und Habsburger Frage, sowie in der Frage der Unabhängigkeit Österreichs. Frankreich und die Tschechoslowakei müßten an allen Problemen Europas beteiligt sein, wenn ihre Zusammenarbeit auf dem Fuß der Gleichheit erfolgen soll.

Wie der „Temps“ weiter mitteilt, wird Beneß Mitte Januar wiederum nach Paris kommen, dann würden die Verhandlungen über das Abkommen einen definitiven Charakter annehmen.

Was Prag meldet.

Prag, 27. Dezember. (WB.) Ueber den Pariser Kaufenthalt des Ministers Dr. Beneß meldet das tschechoslowakische Pressebüro:

Minister Dr. Beneß wurde am Dienstag vom Ministerpräsidenten Poincaré empfangen, mit dem er eine längere politische Unterredung hatte. Beide Staatsmänner verhandelten

teils Fragen, welche die allgemeine Politik Frankreichs und der tschechoslowakischen Republik betreffen, teils politische, finanzwirtschaftliche und Reparationsfragen, welche die beiden Staaten speziell betreffen. Schließlich wurden diejenigen Angelegenheiten durchgesehen und entschieden, welche sich auf die letzten Verhandlungen im Völkerbunde über die ungarische Anleihe beziehen. Am Mittwoch wurde Minister Beneß vom Präsidenten Poincaré empfangen, mit dem er über die gleichen Angelegenheiten verhandelte. Am selben Tage wurde Dr. Beneß auch vom Vorsitzenden der Reparationskommission, Barthou, empfangen. Minister Beneß reiste am Donnerstag nachmittags nach Prag ab.

Das Verhängnis Deutschlands.

Ein Urteil über Wilhelm II.

Dr. Friedrich Thimme, der Herausgeber der „Allgemeinen Zeitung des Auslandes“, veröffentlicht in dem in einigen Tagen erscheinenden Sonderhefte des „Archiv für Politik und Geschichte“ einen umfangreichen Aufsatz „Rückblick und Ausblick“, aus dem wir schon heute den interessanten Abschnitt wiedergeben, der die Person des Kaisers behandelt. Dr. Thimme fällt über Wilhelm II. folgendes Urteil:

„Wenn Wilhelm II. und seine Kaisergerade tatsächlich bei allem Friedenswillen Deutschland doch dem Kriege näher geführt haben, indem sie das Erbe Bismarcks, die im ganzen bei allen Gefahren doch gesicherte Machtposition Deutschlands, nicht festzuhalten vermochten, so belastet sie das vor dem deutschen Volke, nicht aber vor der Welt. Diese Verantwortlichkeit trifft vor allem den, der sich vermaß, sein eigener Kanzler und, im Falle eines Krieges, den er ja doch nicht wollte, auch sein eigener Generalfeldmarschall zu sein, trifft Wilhelm II. Allerdings geht aus den Akten der zweiten Serie und noch mehr aus denen der dritten und vierten Serie hervor, daß der Kaiser den Ratsschlüssen und Warnungen des Auswärtigen Amtes in weit größerem Maße zugänglich gewesen ist, als man bisher angenommen hat. Es ist eine der Ueberzeugungen, die schon die zweite Serie bringt, daß das Auswärtige Amt durchweg eine bemerkenswerte Selbstständigkeit gegenüber dem Kaiser behauptet und ihm gegenüber durchgesetzt hat. Auch die verschiedenen Randbemerkungen des Kaisers zu den Akten sind von dem Auswärtigen Amt doch keineswegs besonders respektvoll aufgenommen oder zur Grundlage von Entschlüssen gemacht worden; oft blieben sie unbeachtet, und wenn das nicht anging, so erfolgten Vorstellungen bei dem kaiserlichen Urheber. Im ganzen muß man sagen, daß das Auswärtige Amt als solches — ich rede hier nicht von den Kanzlern — eigentlich immer Männerstolz vor dem Kaiserthron gezeigt hat! Es hat das durchaus nicht immer zum Vorteil einer einheitlichen und folgerichtigen Politik gereicht, — denn der Kaiser, dem es an Instinkt und natürlichem Scharfsinn wahrlich nicht gefehlt hat, ist nicht selten von seinen berufenen Ratgebern gegen seinen Willen in falsche Bahnen gelenkt worden. Die zweite Serie bringt dafür u. a. das Beispiel der Krüger-Depesche; später wird sich zeigen, daß auch in der Marokko-Krise, 1905 wie 1911, der Kaiser und nicht das Auswärtige Amt instinktmäßig das Richtige getroffen hat. Deshalb aber bleibt es doch so, daß die höchste und letzte Verantwortung für den unheilvollen Gang, den die deutsche Politik nach 1890 genommen hat, soweit nicht schicksalhafte Verwicklungen vorlagen, den Kaiser ganz persönlich trifft. Lehten Endes wird man sagen müssen: die Persönlichkeit Wilhelms II., die nicht, wie vor ihm Bismarck, das dräuende Schicksal zu meistern vermochte, ist eben darum das Verhängnis Deutschlands geworden.“

Dieses vernichtende Urteil Dr. Thimmes, dem man wahrlich keinen politischen Radikalismus nachsagen kann, bestätigt im großen und ganzen die Richtigkeit der Anklage, die Karl Rautsky schon im Jahre 1910 in seiner schwer angefeindeten Schrift „Wie der Weltkrieg entstand“ gegen den ehemaligen Kaiser erhoben hatte. Je mehr Einzelheiten aus den diplomatischen Archiven an die Öffentlichkeit gelangen, desto mehr verdichtet sich die Erkenntnis, daß Wilhelm II., und mit ihm das gesamte monarchistische System, der Fluch Deutschlands gewesen ist.

Und dann verankte uns der Sprechchor unter Leitung Floraths in eine Stimmung, die das Vorangegangene an Menschlichkeit übersteigert, das Musikalisch-Künstlerische durch Musik der Stimme und Akkorde des Menschengesamts erregte; ein Oratorium, ein Bühnenspiel, ein Schwingen von Mensch zu Mensch. Eine neue Kunst? Ich weiß es nicht. Jedenfalls ist die Ausnutzung der Stimmlinie bei Kind und Erwachsenen, die Variierung des Sprechtempo und die Ueberschreitung der Stimmskala nach oben und unten hin letztlich klug ausgenutzt, und ebenso die solistische und Ensemblewirkung gut abgeschloßt.

Was dem Sprechchor vor allem mangelt, sind die geeigneten dichterischen Texte. Das Oratorium „Welkenwende“ von Franz Rothensfelder, das zur Uraufführung kam, ist noch zu wortreich und enthält noch viel zu viel Versandenmäßiges. Eine dramatische Lyrik, in der Form auf wenige stimmunggebende Worte konzentriert (etwa im Stil von August Stramm), im Inhalt ganz auf Gefühl und Empfindung gestellt, würde dem Sprechchor erst die Handhabe geben, die ganze Fülle seiner Ausdruck- und Wirkungsmöglichkeiten zu entfalten.

„Bismarck“ als Ausstattungstück.

Die Berliner Nationalisten, d. h. die allerunintelligenteste Schicht von ihnen, die Käuze, haben wieder ein Reklame. Der arme Emil Ludwig, immerhin ein Schriftsteller und Essayist von einigen Qualitäten, dachte sicher nicht, daß er berufen sein werde, es ihnen zu schaffen. Zu seinen Ehren soll angenommen werden, er ist ungeschuldig, daß wie und wo dieser „Bismarck“, seiner Triologie erster Teil (Wolk und Krone), in Berlin gespielt wird. Das Apollo-Theater, einst ruhmvoller Premierenboden vieler Paul-Lincke-Operetten, dann unter seinem Direktor James Klein mittelmäßiges Ausstattungstheater, gerät auf alle Rudimente in Chor und Solisterei, führt Ludwigs „Bismarck“ unter eigenhändiger Regie des Jagers James Klein auf.

Das „wellhistorische Schauspiel“ (im Apollo-Theater lokalpatriotisch) führt in die Zeit von Bismarcks Aufstieg, behandelt anekdotisch und dramatisch die Verfassungskonflikte, den Kampf Bismarcks mit und gegen Volk und Krone. Der alte Wilhelm kriegt Bleichsmergen von wegen des Eides auf die Verfassung, Bismarck bemüht sich um die geeignete Auslegung dieser Verfassung, der liberale Kronprinz warnt die England verschwägerte Reichslied, intriguert. Passiv unterhält sich mit Bismarck (übrigens die einzige dramatisch bewegte Szene des ganzen Stückes), Landtagsauflösung; nach dikomaischem Spiel mit Österreich Krieg mit den Dänen, Duppel, historisches Gefecht, Wachparade — Schluß. Man kann sich vorstellen, daß dieses Stück Historie, neutral von sehr guten Schauspielern unter einer sehr geschickten Regie gespielt, seinen Eindruck nicht verfehlen würde. Im Apollo-Theater wird ein Spaußbudenzauber mit einem Uniformer, Bismarck zum Entzücken aller Spieler, donatöser Gloriole, die auf jeden Unbefangenen nur im höchsten Grade lächerlich wirken muß, inszeniert. Ernsthaftige Kritik müßte es ablehnen, sich mit solchen

Ein Gespräch mit Broddorff-Rankau.

Die deutsch-russischen Beziehungen.

Der Redakteur von „Svensk Handelstidning“ in Stockholm, Herr Waldemar Langlet, weilt im Oktober in Moskau und berichtet jetzt in seinem Blatt über ein Gespräch, das er damals dort mit dem deutschen Botschafter, Grafen Broddorff-Rankau, hatte. Der Berichterstatter fragte:

Was soll man über die führenden Männer, ihre Politik und deren Zukunft denken? Reinen Sie zum Beispiel, daß es zum Kriege kommen könne, wovon schon einen Monat lang alle Leute hier reden — in Petersburg und in Moskau, im Norden und Süden, in der Hauptstadt und in der Provinz?

Der Botschafter antwortete:

Ich meinerseits glaube nicht daran; die Leute sind ja viel zu klug dazu. Wohl finden sich unter ihnen einige Hühnerköpfe, die vor allen Dingen Europa bolschewistischer machen wollen; dabei hilft ihnen die Torheit einer Nacht und eines Mannes, die ich vielleicht nicht näher zu bezeichnen brauche, aber auf die die Verantwortung fällt, wenn in Deutschland der Boden für den Kommunismus bereitet wird. Im übrigen wird es in Deutschland niemals zu einem Kommunismus im russischen Sinne kommen — und insofern betrügen sich Herren wie Sinowjew und Kollegen selber, wenn sie es glauben.

Der Berichterstatter fragte weiter:

Glauben Sie, daß eine wirtschaftliche Annäherung von Deutschland an Rußland für beide Völker ersprießliche Folgen haben wird?

Der Botschafter erwiderte:

Ich habe schon vor dem Weltkriege die Auflösung vertreten, daß das deutsche und das russische Volk aufeinander angewiesen sind; nicht erst das furchtbare Unglück, das im Jahre 1914 über die Welt hereingebrochen ist, hat mich zu dieser Ueberzeugung geführt; denn die Arbeitsgemeinschaft Deutschlands und Rußlands ist nicht nur in der Schicksalsgemeinschaft beider Völker begründet. Uebrigens, was hier von unseren Leuten angefangen wurde, geht schon recht gut, ich verweise auf die großen Sandkonzessionen an Krupp u. a. und ich glaube, daß die Erfordernisse des praktischen Lebens geeignet sein werden, prinzipielle Gegensätze, soweit sie noch bestehen, auszugleichen. Persönlich schätze ich die Russen außerordentlich hoch, besonders sympathisch ist mir, daß sie nichts Kleinliches haben. Wenn sie bei ihren großen Zielen bisweilen die praktische Durchführbarkeit aus dem Auge verlieren und sich in der Verwaltung Mangel an Organisation fühlbar macht, so wird das sicher anders werden, aber man braucht Geduld. Wenn das Organisationsstadium der Russen kritisiert, soll nicht das enorme Reich vergessen, über das sich die Macht der Sowjetregierung ausdehnt. Im übrigen bestreiten die Russen selbst nicht, daß sie in dieser Richtung noch manches zu lernen haben, und sie verweisen mit Recht darauf, daß man ihnen noch außen bisher keine Ruhe gelassen hat, sich im Innern friedlich zu entwickeln, und daß nicht alle Mächte ein uneigennütziges Interesse an dem Wiederaufbau des russischen Reiches haben.

Im Verlauf des Gesprächs kam Graf Broddorff-Rankau wiederholt auf den Frieden von Versailles zurück, den Deutschland nach seiner Ueberzeugung nicht hätte unterschreiben sollen. Dabei sagte er u. a.:

Es war nicht die Schuld des deutschen Volkes, wenn es im Kampfe unterlag — so war es nämlich, Herr Ludendorff mag dazu sagen, was er will —, die ganze Schuld des deutschen Volkes war durch die unerträgliche Last des fünfjährigen Krieges gegen eine ganze Welt total erschöpft, das deutsche Volk hatte ja schon Unendliches geleistet, die Möglichkeit, fortzusetzen, bestand nicht.

Ueber die Tätigkeit des deutschen Botschafters in Moskau äußert sich der schwedische Berichterstatter mit Worten hoher Anerkennung.

Beneß als Völkerbundreferent für die Abrüstungsfrage. Der Rat des Völkerbundes hat in der letzten Sitzung beschlossen, Dr. Beneß, der vom 1. Januar ab in den Völkerbund eintritt, die Berichterstatter über die Abrüstung zu übertragen, während das Referat bezüglich der Saarangelegenheiten, welches sein Vorgänger ebenfalls innehatte, Italien übertragen wurde.

Weihnachtskonzert der Volksbühne.

Von Kurt Singer.

Kein Konzert, sondern eine Feierstunde. Drei Chöre sind aufgetreten, Chöre arbeitender, tingender, geplagter Menschen. Durch alles klingt ein herber Ton des Reides, sogar in den Mädchen- und Jungenstimmen; aber stärker triumphiert eine Lust des Wismochens, ein Stolz, sich den Gleichgesinnten in künstlerischer Haltung zu zeigen. Der Zug zu dieser „Gesellschaft proletarischer Musikfreunde“ scheint hart zu sein. Das Partett, die Ränge sind voll, man fühlt Zusammengehörigkeit, Gemeinschaft, Bindung einer Gesellschaft, die sich bewußt außerhalb der üblichen Gesellschaft stellen möchte. Endlich einmal ist das Wort von der gesellschaftsbildenden Kraft der Musik Wahrheit geworden. Heute hat es hier noch einen starken politischen Nebenschlag; das Bürgerliche wird zwar noch in der Form des öffentlichen Konzerts gepflegt, man läßt es auch gern als Zuhörer ein, aber die Betonung einer proletarischen Abkehr, auch im Ausdruck im Programm bleibt bestehen. Die ethische Idee, das groß umschlingende an Wille und Streben zwischen Hörer und Sängern ist das größte Plus des „gemischten Chors Groß-Berlin“. Das zweite heißt Jaska Horowitz. Den Spuren Eckerhens folgend, arbeitet er mit den Unvorgebildeten mit priesterhafter Strenge und Langmut so, daß jede Stimme, auch jede begleitende, „singt“. Kein Notenblatt auf dem Dirigententisch, kein Blatt fört in der Hand der Singenden. Ahnt man, welche Hingabe an die Sache, welche Disziplin, welche Ausdauer auf allen Seiten dazu gehört? Hut ab! Künstlerisch wäre dieser gemischte Chor berufen, das Volkslied zu pflegen, und vorerst nur dieses. Das Ausgleichende, Rivelieren und Dämpfen gelingt noch zu wenig, gelegentlich auch nicht das absolute reine Intonieren. Das ist eine Frage des Abwärtens. Je einfacher die Stimmung, desto eindringlicher der Vortrag (Sänger: „Ich bin dein“). Gemerkt hat das Singen dieser 100 Menschen jedenfalls großartig. Es war elementar und lustvoll dargeboten, Arbeit war zu einem Versuch höchsten menschlichen Ausdrucks, wenn auch noch nicht zu Kunst geworden. Im Material des „Schubert-Chors“ konnte zwar kein ganzes eindrucksvolles Dirigentenpersönlichkeit erproben lassen. Er bestand auch hier. Die Augen hatten an seinen musikalischen, edlen, selbst gehobenen Ausdrucksbewegungen. Er verlor den Klang vieler Männerstimmen zu idealisieren, ihm die Einheit des Entwerfers abzugeben. Dabei geht er im Tempo oft bis an die Grenze des im Pathetischen, Langsamem, Gedehnten Heißlichen und Gute. Das Stillstehende, Atemgehemmte im Piano, das In-sich-Berückeln der einzelnen in schwerer Anlehnung an den Dirigenten ist von peckender Wirkung. „Die Nacht“ Schuberts und die „Tränen“ aus Finnlands Volksliedschlag waren solche feierlichen Aufzüge. Horowitz wurde als künstlerischer Geist des Chores gerufen und gefeiert. Mit Recht. Er gab dankbar einen Teil des Augens an die Mitwirkenden ab. Mit ebenfolchem Recht.

Geschmacklosigkeiten dieses Aideaus zu beschäftigen. Interessant ist vor allem das Verhalten des Publikums, das, anscheinend von allen nationalitätlichen Verbänden ausgemustert, das Theater füllt. Bei jedem Hauptchor, den das Volk durch Junterluste und Wüstens erhält, erhebt sich rauschender Beifall. Für jede Ohrbeize wird dankend und mit Bravo quittiert. Und man versteht das Empfinden: diese Leiden, was sie verdienen: Bei welchen Stellen mag übrigens die rührige Clique den Applaus erheben haben, das Signal zum Beifall zu geben? Der Regent hat einen Logenstühle, der in Gemeinschaft mit der Toilettenfrau begeistert die Hände pauken läßt.

Der Hauptdarsteller, Hans Mühlhofer, spielt Bismarck nach dem Mische der Gedichtsbücher für die untersten Klassen, in der Haltung, wie er in Costans Vorpis für zu leben war, mit Pallas, Häuten und Radau. Der alte Wilhelm, Richard Starburg, weich und betenkend, wie ihn Ludwig gezeichnet. Alfred Haag gab Ferdinand Vassalle einen guten Charakterkopf. Er war der einzige, der die anderen übertrug. Das übliche Ballett, das man sonst hier vermisse hätte, wurde durch einen Fackelzug bei Hofe ersetzt, wobei man sogar die zarten Beine der Fräulein unter ihren Reifröcken beträchtlich zu sehen bekam, was immerhin der Note und dem Ruf dieses Theaters entsprach. Einziger Bildhauer vielleicht, ein kleiner eingeleiteter Orchestersänger der begabten Hilbe Artzt.

Es wäre gut, von dem Dichter Emil Ludwig zu hören, wie weit er mit dieser Aufführung seines Bismarck einverstanden ist. R—dt.

Vorsicht beim Verbrennen der Weihnachtsbäume! Wenn man den Weihnachtsbaum im warmen Zimmer stehen läßt und dann dessen Dichter, wie es ja vielfach Sitte ist, zu Silvester oder Neujahr noch einmal anzündet, soll man recht vorsichtig sein, daß die miterschwelende stark verrotzte Nadeln und Äste des Baumes nicht Feuer fangen. Noch viel vorsichtiger muß man jedoch sein, wenn man den Baum nach dem „Nündern“ im Ofen verbrennen will; denn hierbei geschieht nicht selten heftige Explosionen, durch die der Ofen stark beschädigt werden kann. Schon an kleinen Ästen des Baumes kann man die Beobachtung machen, daß sie sehr schnell und unter lautem Krachen und Knistern verbrennen. Steht man jedoch höhere Zweige und viele auf einmal in den Ofen, so geht die Verbrennung mit solcher Gewalt vor sich, daß ihr selbst ein quergebender Ofen nicht immer standhalten vermag. Die Ursache liegt in dem beträchtlichen Gehalt der Nadeln an Harz, das große Mengen von Kohlenwasserstoff birgt. Beim Erhitzen der Nadeln verbindet sich der aus dem Harz erweichende Kohlenwasserstoff mit dem im Ofeninnern befindlichen Sauerstoff, und aus dieser Verbindung entstehen dann Gase, die bei starker Anhäufung sehr leicht explodieren. Will man daher den Baum im Ofen oder Herd verbrennen, da er ja tatsächlich ein artiges Brennmaterial darstellt, so verbrenne man keine einzelnen Teile nach und nach und löse immer erst kleine Ästchen nach, wenn das öfters abgebrannt ist. Auch verhiere man zu starken Luftzügen, weil durch das starke Ziehen der Luft der Sauerstoff vermehrt und damit die Bildung der Explosionsstoffe begünstigt wird.

Kampfbühnen. Die Uraufführung von „Kaiser Jonas“ durch die Truppe ist auf den 4. Januar verschoben.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Konflikt in der Metallindustrie.

Zu der Kündigung des Rahmenvertrages für die Berliner Metallindustrie ist zunächst rechtlich zu bemerken, daß die Kündigung erst vom 31. März 1924 ab rechtsgültig wird. In dem Schreiben des BBRM wird ausdrücklich Bezug genommen auf den § 12 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember, die in Nr. 202 des „Deutschen Reichsanzeigers“ veröffentlicht ist. In dieser Verordnung heißt es in § 1, daß die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten darf. Im § 12, der vom BBRM in seinem Schreiben angezogen wird, heißt es wörtlich:

Bestimmungen von Tarif- und Arbeitsverträgen, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung gelten und eine geringere als noch dieser Verordnung zuzuführende Arbeitszeit vorsehen, können mit 30 tägiger Frist gekündigt werden. Ist in solchen Verträgen der Lohn als Zeitlohn bemessen, so wirkt die Kündigung auch für diese Bestimmungen.

Nach dem Rahmenvertrag für die Berliner Metallindustrie gilt die 48stündige Arbeitswoche. Da also die Arbeitszeit in der Berliner Metallindustrie nicht geringer ist als acht Stunden täglich, bleibt die im Rahmenvertrag vorgegebene vierteljährliche Kündigung bestehen.

Soweit die Lohnfrage von den Berliner Metallindustriellen einer Neuregelung, d. h. einer Kürzung zu unterziehen versucht wird, genügt es, wenn wir darauf hinweisen, daß nach der Reichslohngesetz die Lebenshaltungskosten 15 Prozent über den Lebenshaltungskosten der Vorkriegszeit liegen. Es ist übrigens eine allen bekannte Tatsache, daß die Reichslohngesetz aufgebaut ist auf einem Lebenshaltungserfolg. Die wirkliche Teuerung beträgt erheblich mehr als 15 Prozent. Nun sind die gegenwärtig in Kraft befindlichen Löhne in der Berliner Metallindustrie wesentlich niedriger als die Löhne von 1914. Sie müßten also erhöht und nicht abgebaut werden. Die Berliner Metallindustriellen zeigen mit ihrem Vorgehen nicht allein ihre Rücksichtslosigkeit, sondern auch die Absicht, es ohne Not und ohne jede Berechtigung zum offenen Konflikt zu treiben. Damit zeigen sie aber auch den noch indifferenteren Metallarbeitern den einzig möglichen Weg, um sich gegen dieses Vorgehen auf ihre Existenzgrundlage zu schützen, den Weg zum Deutschen Metallarbeiterverband.

Zum Schiedsgericht im Braunkohlenbergbau.

Wie uns vom Deutschen Bergarbeiterverband mitgeteilt wird, ist der in unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlichte Schiedsgericht ohne Mitwirkung des Bergarbeiterverbandes zustande gekommen. Der Bergarbeiterverband hatte ausdrücklich abgelehnt, Vertreter zu dem Schiedsgericht zu bestimmen, das über eine Verlängerung der Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beschließen sollte. Daraufhin sind von Amts wegen aus einem staatlichen Werke zwei Bergarbeiter als Beisitzer ernannt worden, und zwar ein Gelehrter und ein Kommunist. Die beiden sonderbaren Bergarbeitervertreter, die aber offenbar ganz gut miteinander und mit den Unternehmern harmonierten, haben dem Schiedsgericht gleichfalls zugestimmt. Der Bergarbeiterverband hat zum Sonntag nach Halle eine Resolution einberufen, die zu der Sachlage, die durch den merkwürdigen Schiedsgericht geschaffen worden ist, Stellung nehmen wird.

Konferenz der Anhemmonteure.

Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ruft seit Jahren ihre Mitglieder, die als Monteur ständig außerhalb Berlins beschäftigt sind, an den zweiten Feiertagen zusammen, um mit ihnen die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu besprechen. Auch diesmal fand wieder eine solche Konferenz im Verwaltungsgedäude des DRR statt, in der Kollege Kraus über die Lohnverhandlungen der letzten Zeit berichtete. Die im BBRM zusammengeschlossenen Arbeitgeber haben sich erst durch den Spruch eines Schiedsgerichts zwingen lassen, die Löhne auf Goldrechnung umzustellen. Leider ist es bis zur Stunde noch nicht möglich gewesen, den Schiedsgericht, der nur die Goldlöhne für die fünfte Klasse festlegte, den Erfordernissen der Zeit entsprechend auszubauen. Die Unternehmer wollen nicht nur die Spanne zwischen Gelehrten und Ungelernten stark auseinander ziehen, sondern erklären auch, den Lohn in einen Grundlohn und einen Teuerungszuschlag zu teilen zu dem ausgesprochenen Zweck,

den Teuerungszuschlag beim geringsten Preisrückgang der Lebensbedürfnisse abzubauen. Die beantragte Verbindlichkeitsklärung ist abgelehnt, dabei aber festgestellt worden, daß die Absicht der Unternehmer unstatthaft ist. Die endgültige Regelung sollte gestern erfolgen.

Die mit den Lohnverhandlungen stets verknüpften Forderungen der Auslösung für die Monteur sind infolge dieser langwierigen Lohnverhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt. Es ist aber festzustellen, daß die jetzt gezahlten Auslösungen nicht mehr entfernt ausreichen, um den Lebensunterhalt eines Monteurs zu bestreiten. Während im Frieden Sätze von 250 bis 300 M. für den Tag zur Berechnung kamen, zahlte man jetzt nur ein Drittel davon. Die Folge davon ist, daß Monteur bei Beendigung der Montage mit Beträgen von zwei bis dreihundert Mark bei ihren Firmen in der Kreide stehen. Die Zustände sind natürlich unhaltbar und bedürfen dringend der Abhilfe. Kraus gab der Hoffnung Ausdruck, daß die wieder anziehende Konjunktur dem DRR die organisatorische Macht geben wird, alle von den Unternehmern geplanten Verschlechterungen abzumehren.

In der Auseinandersetzung kommen empörende Fälle von Unterzahlung zur Sprache. Ein Monteur fand in einem kleinen Ort, daß ein ihm zur Hilfe beigegebener Einheimischer bedeutend mehr an Lohn erhielt, als der verantwortliche Monteur an Lohn und Ausgleichslage. Ein anderer Monteur berichtete, daß er sich während der schlimmsten Geldentwertung für seine Auslösung gerade pro Woche ein Brot und ein Pfund Salz kaufen konnte. Er war daher auf die Unterzahlungen angewiesen, die sich seine Familie vom Munde abwarb. Eine derartige Behandlung der Monteur ist natürlich nicht gesondert, sie zur Pflanzung von Unzufriedenheit anzuspornen; sie entspricht auch durchaus nicht den Anforderungen, die die Monteur auf Grund ihrer Verantwortlichkeit und ihrer selbständigen Arbeitsweise erheben können.

Die Mitglieder der Verhandlungskommission sagten zu, bei den nächsten Verhandlungen mit den Arbeitgebern auf die Pflanzung der geschädigten Mitglieder zu dringen. Im übrigen ließ die Auseinandersetzung erkennen, daß die Anhemmonteure nicht gewillt sind, sich durch allseitige Winkeltöne der Arbeitgeber die Lust und Freude an ihrer Organisation verderben zu lassen.

Zwangsarbeit.

Im „Lokal-Anzeiger“ vom Donnerstag ereifert sich ein Geheimrat der Regierung für einen Beschluß des Preussischen Staatsrats, der gegen die Stimmen der Linksparteien gefaßt wurde, auf „ausübende Einführung des (1) Arbeitszuchthaus“.

Eine allgemeine Wehrpflicht der Arbeit“ soll eingeführt werden, um mit einem möglichst geringen Aufwand von Kosten den nötigen Vorrat der öffentlichen Einrichtungen, wie Eisenbahnen, Land- und Wasserstraßen und dergleichen (?) zu gewährleisten. Es wird auf das Beispiel Australiens verwiesen, und damit ist die Begründung in der Hauptsache fertig.

Besondere Schwierigkeiten wird auch bei uns der von den äußeren und inneren Feinden des Wiederaufbaues erhobene Einwand bereiten, daß der Pflichterfüllung eine verfehlte militärische Einrichtung sei oder aber der militärischen Vorbereitung den Weg bereite. Auch auf die Gefahr hin, von dem Geheimrat Pfundner mit zu den inneren Feinden des Wiederaufbaues gezählt zu werden, können wir den Verdacht nicht von der Hand weisen, daß die Absicht die Ausführung eines einschränkenden Planes nicht ohne militärische Interaktion ist. Das ist in den Kreisen, die solche Pläne schmieden, kaum anders denkbar. Sie sind in dem alten Kommando und Kolonnengeist groß geworden und können sich weder ein erspriechliches Vorgehen noch Staatsleben überhaupt nicht denken. Sie gebrauchen die Subordination, ohne die vor ihren Titeln und Uniformen kein Teufel mehr den ihnen unenträglich notwendig erscheinenden Reibek hat. Da der Verfall der Wiederaufbau der alten Herrlichkeiten verhindert, soll wohl noch dem Muster der Hochbautruppen auf dem Lande verfahren werden. Nur noch billiger.

Der Herr Geheimrat empfiehlt, die Pflichterfüllung nicht auf das weibliche Geschlecht auszuweiten. Er will in erster Linie die jungen kräftigen Männer im Alter von 18 bis 20 Jahren herangezogen wissen, die angeblich bisher keine ausreichende Gelegenheit zur Arbeit gehabt oder aber den älteren Männern in immer größerem Umfange, hoffentlich keinen Geheimrat, die Arbeit wergewonnen hätten. Wie's eben treibt! Als Kriegerstandlich soll gelten, daß die Anhemmonteure sämtlicher Berufsgruppen in ebenso gleicher Weise herangezogen werden müssen. Wenn man es so hört, möchte es leidlich scheinen, doch erstens kam es anders und zweitens kennt man's schon.

Den zur Pflichterfüllung Aufgerufenen darf neben der auf Staatskosten zu gewährenden Unterkunft, Verpflegung und Bekleidung keinerlei Entgelt gewährt werden. Die Eltern können ja das nötige ausbaden, wenn sie es haben. Räume zur Unterbringung hat unser Geheimrat auch schon in den zahlreichen ungenügend ausgebauten öffentlichen Gebäuden, namentlich früheren militäri-

schen. ... Auch die geeigneten Kräfte zur Organisation und Leitung ständen im Zeitalter des Beamtenabbaus genug zur Verfügung. Es fehlt also an weiter nichts zur Ausführung des Planes, so daß der Herr Geheimrat im „Lokal-Anzeiger“ voller Ungebulb die Frage an die Reichsregierung richtet:

„Wann werden die ersten hunderttausend Deutschen zur unentgeltlichen Pflichterfüllung für den Staat aufgerufen?“

Wir können dem Herrn Geheimrat nur dringend empfehlen, seine Ungebulb etwas zu kürzen, zumal sie die ganze Geschichte nur noch verächtlicher macht.

Die belgischen Arbeiter für den Achtstundentag.

Die belgische Gewerkschaftskommission hat die Arbeiterklasse aufgerufen, ihre ganze Macht gegen den Gesetzentwurf Devez einzusetzen, der auf Beibehaltung des Achtstundentages hinzielt. Zugleich hat das Bureau des belgischen Eisenbahnerverbandes beschlossen, mit der gesamten organisierten Arbeiterklasse diesen Gesetzentwurf gemeinsam zu bekämpfen. Auch auf dem Kongress des belgischen Bergarbeiterverbandes ist beschlossen worden, sich einer Erhöhung der Arbeitszeit „mit allen Mitteln“ zu widersetzen.

Arbeitszeitabkommen in Oberschlesien. Wie uns aus Breslau gemeldet wird, ist gestern der Achtstundentag für die oberschlesischen Eisenhütten durch ein Abkommen mit den Gewerkschaften bis 30. April 1924 festgelegt worden. Soweit die Vorkriegsarbeit länger war, erfährt diese keine Verringerung.

Die Arbeitslosigkeit in England geht jetzt ständig zurück. In der Woche bis zum 17. Dezember betrug die Abnahme 4 Prozent; die Zahl der Arbeitslosen verminderte sich um 43 195.

Wirtschaft

Die Lage des Welthandels. Eine englische Großbank — London Point Cit and Midland Bank — hat in ihrem jüngsten Bericht die Ziffern des Welthandels für 39 Länder, die insgesamt 90 Prozent des Ausfuhrhandels der Welt vertreten, von 1903 bis 1920 summarisch zusammengefaßt und in englische Pfunde umgerechnet, außerdem über den Anteil Englands und der Vereinigten Staaten an der Einfuhr und Ausfuhr während dieser Periode in Prozentzahlen berichtet. Danach betrug die Einfuhr und Ausfuhr der Welt 1922 in Pfund ausgerechnet ungefähr 20 bis 22 Prozent mehr als 1912. Im Hinblick darauf, daß die Weltmarktpreise 1922 um 50 bis 60 Prozent höher waren, zeigt das Bild eine verhältnismäßig hohe Zunahme des Welthandels der Warenmenge nach. Da aber die Vereinigten Staaten ihren Weltanteil seit dem Krieg in einem hohen Prozentsatz erhöhen konnten als die Preise stiegen, ist die Abnahme des Welthandels für Europa ganz besonders erschwerend. Die Gesamtsummen der Einfuhren sind höher als die der Ausfuhren, was daher kommt, daß in den letzten die Transportkosten nicht inbegriffen sind. Die Unterschiede geben daher die jeweilige Rolle der Transportkosten im Weltmarkt Aufschluß. Aus der Vergleichung der entsprechenden Ziffern könnten wir feststellen, daß die Transportkosten in den letzten 20 Jahren im internationalen Warenhandel 10 bis 15 Prozent des Gesamtwertes darstellten. Der Anteil Englands an dem Außenhandel der Welt ist seit dem Krieg gestiegen, und zwar sowohl an der Einfuhr als an der Ausfuhr. Während der Jahre vor dem Krieg war Englands Anteil an der Weltausfuhr 16 bis 19 Prozent; in den Jahren 1920 bis 1922 waren 20 Prozent; an der Weltausfuhr früher 13 bis 15 Prozent, 1920 bis 1922: 16 bis 18 Prozent. Englands hat also trotz des Rückganges seiner Ausfuhr um ungefähr 25 Prozent (der Preis nach), verhältnismäßig, im Vergleich zu anderen europäischen Staaten, gut abgeschnitten, was in der Wahrscheinlichkeit aus dem Anstieg des Welthandels auszufließen dürfte. Dasselbe gilt für die Vereinigten Staaten, aber in einem noch viel höheren Maß. Ihren Anteil an der Weltausfuhr betrug in den Jahren vor dem Krieg 8 bis 10 Prozent, 1920 bis 1922 dagegen 13 bis 17 Prozent; an der Weltausfuhr vor dem Krieg 13 bis 14 Prozent, nach dem Krieg 20—22 Prozent. Da sich bekanntlich auch Frankreich einen guten Anteil am Weltmarkt nach dem Krieg sichern konnte, bleiben die übrigen Staaten die Leidtragenden. Diese, in erster Linie Deutschland, haben ihren Anteil am Weltmarkt zum großen Teil eingebüßt.

Elektrifizierung der Arbeiterbahn. Auf der Arbeiterbahn wurde die Strecke Amt bis Landeck dem elektrischen Verkehr übergeben, so daß jetzt die ganze rund 70 Kilometer lange Strecke von Innsbruck bis Landeck für den Betrieb elektrischer Züge eingerichtet ist.

Verantwortlich für Politik: Graf Wester; Wirtschaft: Artus Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: A. Feinert; Revision: Dr. John Schilowski; Politik und Konjunktur: Erik Rothardt; Ausland: H. Hoes; Familie in Berlin: Berlin: Formis-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Formis-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68. Lindenstraße 1.

In unserer Sportabteilung:



Sportstiefel

für jeden Wintersport
für den Motorradsport
für den Autosport
sowie für jeden anderen Sport

die allererstklassigsten, altbewährtesten Fabrikate
in ca. 20 Sorten:

bei uns **billig.**

Auf Wunsch Versand nach außerhalb

Schuh-Lokal

Groß-detail

Münzstr. 25 (Alexanderplatz). — Frankfurt/Alt. 54. — Neu eröffnet: Kolthofer Damm 13.

Punsch-Extrakte

in allbekanntester Güte
Rum, Rotwein
in vortrefflicher Qualität
zu herabgesetzten Preisen bei

Otto Reichel
Berlin SO. Eisenbahnstraße 4.

TRAURINGE

in jed. Größe u. Qualität stets
vorrätig, nur bill. Preisberechnung.

M. Dinse, Juweller
Lichtenberg, Frankf. Allee 203
Nähe Bahnh. Lichtenb. Friedr. Str.
Telephon Lichtenberg 3327

Willst Du Deinem Mann was kaufen, mußt zu

Rosen-Anders
laufen.
Berufskleidung
Strickwesten
Trikotagen
Socken
Taschentücher

A. Anders,
Beusselstr. 25

Reste-Handlung
Eisassersir. 9.
Reste in allen modernen Stoffarten.
Schlagerpreise!

Zigaretten,
Zigar. od. Tabak
Ado. Nagel
9, Hermannplatz 6
Holladen.

Silvester-Getränke *

Punsch-Extrakte

Bordeaux-, Rot-, Rhein-, Moselweine, Sekt, Jamaika-Rum, Arrak, Kognak, Weinbrände und feine Liköre in großer Auswahl — Apfel-, Beeren- und Bowlenweine empfiehlt

GEORG ANDREE ♦ am Tor
Abteilung: Detailverkauf
Berlin C 25 ♦ Prenzlauer Straße 1-2
Preislisten liegen aus, werden aber nicht versandt.

Silvester-Punsch

Rum Arac
Deutsche Rotweine
Bordeaux

empfehlen

Wilh. Hoeck

Likörfabrik und Weingroßhandlung
Charlbg., Wilmersdorfer Straße 149

Sonder-Angebot!

Oberhemden m. 2 Krg. . . . 6 Goldmark
Arbeiterstiefel 8 00
Mäntel 9

Ludwig Simon A.-G.
Friedrichstraße 10 ♦ am Halleschen Tor

Ischias

Milliarden sparen Sie
bei **BRICH SCHULZ**
Neukölln, Kals.-Friedr.-Str. 220
an der Weideninsel.
Für den Winter: Strumpfwaren, Kleidertrikots, Trikots, Kleiderwaren, Wollwaren, Damen-Schlüpfer, Woll-, Nähwaren.

Ungeheuer billige Preise in allen Lebensmitteln u. Bekleidungsartikeln. Kleinanzeigen billig!
Im Vorwärts sind immer noch billiger!

Garderobe

für Herren und Damen
auf Teilzahlung
günstige Zahlungsbedingungen
bei wertbest. Bezahlg. 5% Rabatt

Belser, Lothringer Straße 67

Bettwäsche

Wäschestoffe

Handtücher, Hemdentücher, Damast, Dim u. Linon, Züchen, Infettis, Bettlaken usw.
zu konkurrenzlos billigsten Preisen

Wäscheabrik Einhorn
(Lehlin, Herrfurstr. 31 an d. Herrn-Instr.)

Trauringe

direkt ab Fabrik
an Private

Schneider, Sohn
Frankf. a. M., Str. 11
d. F. edrich 11